



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Christian Magerl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine Aktiengesellschaft – Keine dritte Startbahn durch die Hintertür**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sämtliche Bestrebungen und Überlegungen, die FMG in eine Aktiengesellschaft (AG) umzuwandeln, einzustellen.
2. Der Landtag lehnt eine Umwandlung der FMG in eine AG ab.

### **Begründung:**

Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung am 28.09.2016 u. a. erklärt: „Wir sehen deshalb den Zeitpunkt für gekommen, jetzt in eine Debatte über den Weg zu einer Entscheidung für den Bau der dritten Startbahn einzutreten. ... Ich bleibe bei meiner Überzeugung, dass diese Entscheidung zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt München getroffen werden muss. Wir streben die Einleitung eines Ratsbegehrens an.“

Auch Staatsminister Markus Söder, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der FMG, erklärte immer wieder und zuletzt im Juni 2017 im Landtag: „Ja, ich bin ganz klar für die demokratische Lösung und damit für einen Bürgerentscheid und keine Umwandlung in eine AG.“

Ministerpräsident Seehofer droht nun plötzlich, zur Durchsetzung der dritten Start- und Landebahn am Flughafen München die FMG notfalls in eine Aktiengesellschaft umwandeln zu lassen. Auf diese Weise soll der Bürgerentscheid der Münchner Bevölkerung von 2012, mit dem das Projekt gestoppt wurde, ausgehebelt werden.

Für die dritte Start- und Landebahn, die zehntausende Bürgerinnen und Bürger im Flughafenumland mit Lärm und Schadstoffen unzumutbar belasten würde und die fast 1.000 Hektar EU-Vogelschutzgebiet zerstören würde, gab und gibt es keinen Bedarf.